



Freie Demokraten



Landtagsfraktion
Baden-Württemberg **FDP**

POSITIONSPAPIER DER FDP-FRAKTION IM LANDTAG

**Krisen bewältigen – Zukunft sichern:
Demokratie will gelernt sein**



Wir leben in einer Zeit von Krisen. Die Nachwirkungen von Corona sind heute noch spürbar. Staatsgrenzen scheinen nicht mehr für alle verbindlich zu sein, wie der verbrecherische Überfall Russlands auf die Ukraine zeigt. Dazu kommen Herausforderungen wie der Klimawandel, Inflation sowie der demografische Wandel. Und nicht zuletzt auch der Umgang mancher Menschen mit dem wiederaufgeflamten Nahostkonflikt. Stets mit dabei: Falschmeldungen und Desinformationskampagnen.

1. Demokratie und Werte – eine Bildungsaufgabe!

Diese Krisen treffen auf unsere offene, verletzbare Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die wir Liberale als „ein umfassendes historisches, ökonomisches, soziales, ökologisches und kulturelles Projekt der Bürger“ verstehen.¹

Wir Freie Demokraten schauen jedoch nicht ohnmächtig auf die weltweiten Krisen, die auch Baden-Württemberg treffen. Wir stellen als Liberale konkrete Fragen: Wie steht es – angesichts dieser Herausforderungen – um das Vertrauen in unsere Demokratie und unsere Werte? Wie können wir das Vertrauen in unsere Demokratie stabilisieren, ja möglichst stärken und ausbauen?

Eines ist klar: **Krisen und die damit einhergehenden Reaktionen, Haltungen und Emotionen machen nicht vor dem Schutzraum Schule halt.** Sie wirken auch dort täglich – in Diskussionen, im Unterricht, auf dem Pausenhof. Verschärft werden diese Herausforderungen noch durch ihre Spiegelung in den sozialen Medien, ohne dass die Inhalte immer kritisch reflektiert werden.

Demokratiebildung und Werteerziehung sind dabei der Schlüssel, um Krisen bewältigen, Desinformationen und Falschaussagen erkennen sowie Demokratie aktiv leben zu können. Hierfür sind aus unserer Sicht ganz klar auch Bildungseinrichtungen in Baden-Württemberg verantwortlich. Der konkrete Auftrag leitet sich aus dem baden-württembergischen Schulgesetz (§ 1, Abs. 2) ab, denn Schulen sollen unter anderem „[über die Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten hinaus [...], die Schüler...

zur Anerkennung der Wert- und Ordnungsvorstellungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu erziehen, die im einzelnen eine Auseinandersetzung mit ihnen nicht ausschließt, wobei jedoch die freiheitlich-demokratische Grundordnung, wie in Grundgesetz und Landesverfassung verankert, nicht in Frage gestellt werden darf [...].“

Wie jedoch positioniert sich die baden-württembergische Bildungspolitik angesichts dieser Rahmenbedingungen? Welche Lösungen sehen wir Freie Demokraten?

2. Schule hat einen Erziehungsauftrag!

Haltung und Konsequenz, Bildung und Beispiel sind gefordert. Laut einem FDP-Bundesparteitagbeschluss umfasst

[b]este Bildung [...] neben der Wissens- und Methodenvermittlung aber auch Erziehung zu den Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten: Freiheit, Demokratie und Mitmenschlichkeit, Toleranz gegenüber Minderheiten und Offenheit für die Vielfalt der Gesellschaft. Nur so kann in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft Konflikten und Gewalt entgegen gewirkt werden. Nur so entwickeln wir ein Lern- und später ein Arbeitsumfeld, in dem jeder seine Talente frei entwickeln und sein Leben selbstbestimmt entfalten kann.²

Und auch die Webseite des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport erklärt:

Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger, keine andere Herrschaftsform ist so auf Mitwirkung angewiesen und kann nicht früh genug Gegenstand von Bildung und Erziehung sein.³

Für Baden-Württemberg gibt es zumindest einen **„Leitfaden Demokratiebildung“** – soweit richtig und wichtig. Leider ist selbst dieser alles andere als vollständig: Neuere Konfliktsituationen, wie der aufgeflammete Nahostkonflikt oder auch der zunehmende Rechtsradikalismus und politischer Islamismus werden im Leitfaden nicht mit einer Silbe erwähnt. Auch die hieraus resultierenden Konflikte und Streitigkeiten an baden-württembergischen Schulen – welche viele Lehrkräfte an den argumentativen Rand der Verzweigung bringen – spielen im Leitfaden des Kultusministeriums keine Rolle. Dies betrifft weltweite Krisen. Noch

wichtiger jedoch: Ein Leitfaden zur Demokratiebildung, dessen Existenz bzw. Inhalt wohl in der Fläche der verschiedenen Beteiligten (Lehrkräfte, Eltern etc.) kaum bekannt sein dürfte, befähigt noch lange nicht zur aktiven Vermittlung anwendbarer Demokratiekenntnisse oder dem wirklichen Verinnerlichen eines Wertekanons, welcher die freiheitlich-demokratische Grundordnung zur Basis hat.

Gerade vonseiten des politischen Islamismus gehen Gefahren aus, da dieser der Nährboden für islamistischen Extremismus und Terrorismus sein kann. Der Messerangriff in Mannheim Mai 2024, bei dem ein junger Polizist in Ausübung seines Amtes ermordet wurde oder aber der Anschlag in Solingen August 2024 zeigen, wie schnell und unberechenbar radikalisierte Einzelpersonen auch zu Tätern werden können. Ebenso schockierend war die anschließende, widerwärtige und menschenverachtende Verherrlichung des Täters in den sozialen Medien.⁴ Dass laut einer Befragung rund zwei Drittel der muslimischen Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen den Koran wichtiger nehmen als unsere Gesetze, muss mit großer Sorge betrachtet werden.⁵ Auch wenn diese Studie sich nicht auf Baden-Württemberg bezieht, **muss unser Bundesland alles unternehmen, damit es nicht zu einer vergleichbaren Ablehnung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung kommt.**



Deshalb ist es auch besonders wichtig, die **sozialen Medien** im Blick zu behalten und die jungen Menschen entsprechend zu sensibilisieren: Besonders auf der Plattform TikTok finden sich rechtsextreme Inhalte – die mit nicht geschultem Auge schwer als solche erkennbar sind.⁶ Langfristig besteht hierdurch **eine echte** Gefahr, dass junge Menschen die teils menschenverachtenden und gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichteten Inhalte in konkretes Wahlverhalten oder ablehnende Haltung gegenüber den staatlichen Strukturen der Bundesrepublik umsetzen.

Die Informationsgewinnung, die generelle **Aufmerksamkeit bei Krisenlagen und die Herausgabe von Handlungsempfehlungen** (inkl. Fortbildungen und Kontaktmöglichkeiten) seitens des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport für die Lehrkräfte dürfen auch nicht mit einer einzelnen Aktion zum Krisenzeitpunkt enden – vielmehr muss eine stetige Überprüfung der aktuellen Krisenlagen erfolgen.

Für uns Freie Demokraten gibt es deshalb zwei Mal ein klares „JA!“:

„JA!“ zu klaren pädagogischen Grundlagen, Bildungsplänen und Konzepten, welche die Vermittlung von Demokratiekenntnissen und des freiheitlich-demokratischen Wertekanons auf ein wissenschaftlich-fundiertes pädagogisches Fundament stellen und

„JA!“ zu einem Aktionsplan, welcher die praktische Anwendbarkeit bzw. wirkliche Verinnerlichung dieser Demokratiekenntnisse bzw. des freiheitlich-demokratischen Wertekanons von Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg zum Gegenstand hat. Dieser umfasst dann sowohl Beratung und Schulung von (angehenden) Lehrkräften (fächerübergreifend sowie fächerspezifisch) als auch lebendige und anschauliche Formate für Schülerinnen und Schüler.

Wir Liberale sind davon überzeugt, dass Bildung und Erziehung im Zentrum aller Bemühungen stehen sollten, um Radikalisierung vorzubeugen sowie diese einzudämmen. Wir machen uns damit den Appell der Kultusministerkonferenz aus dem Beschluss von 2018 zu eigen:

„Eine rechtsstaatlich verfasste Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie musste und muss immer wieder erlernt, erkämpft, gelebt und verteidigt werden.“



3. Mit Bildung Radikalisierung stoppen – unsere Vorschläge!

Wir verstehen Schule als den Ort, an dem – unabhängig vom Bildungshintergrund der Erziehungsberechtigten – heranwachsenden Menschen Wertvorstellungen und Haltungen, auf denen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung fußt und ein friedliches Zusammen- und Miteinanderleben ermöglicht, systematisch und über einen langen Zeitraum hinweg vermittelt werden können.



Ethikunterricht ab der ersten Klasse in der Grundschule

Nach dem schrittweisen, flächendeckenden Ausbau des Ethikunterrichts in der Sekundarstufe I abwärts von Klasse 7 bis zu Klasse 5 in den letzten Jahren ist es nun höchste Zeit, Ethikunterricht ab Klasse 1 in der Grundschule einzuführen. Zwar ist eine Einführung in den Grundschulklassen schon seit 2011 in den grün-roten bzw. grün-schwarzen Koalitionsverträgen vorgesehen, doch konkret gehandelt wurde immer noch nicht. Die grün geführten Landesregierungen schieben damit dieses so wichtige Thema weiterhin auf die lange Bank – nach nunmehr über zwölf Jahren.

Wir Freie Demokraten sehen dieses für alle Schulen – alternativ zum Religionsunterricht – obligatorische Fach Ethik als eine Art **Lebens-, Verhaltens- und Wertelehre**. Schülerinnen und Schüler erhalten dort die Möglichkeit, für sich zu entdecken, welche Werte in unserer Gesellschaft eine Orientierung geben und welche man als handlungsleitend sowie für sein eigenes Leben als wichtig empfindet. Das Schulfach Ethik verstehen wir Liberale als einen Ort, an dem Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler die Kernfrage der praktischen Philosophie „**Was soll ich tun?**“ unter Berücksichtigung des Grundgesetzes erörtern und bewerten können.

In diesem Zusammenhang fordern wir Liberale auch **eine Klassenlehrerstunde pro Woche** für alle Klassenstufen, die durch ein entsprechendes Curriculum inhaltlich struktu-

riert ist. Den Inhalt und Umfang des Lehrprogramms sollen hierbei die jeweiligen Klassenlehrerinnen bzw. Klassenlehrer erarbeiten, da diese mit den Gegebenheiten in den Schulklassen vor Ort am besten vertraut sind. Sie soll hierbei nicht nur eine Organisationsstunde für bspw. Ausflüge sein, sondern eine werteorientierte Begleitung von Kindern und Jugendlichen beim Erwachsenwerden.

Fokus auf politische Bildung

Politische Bildung ist Teil der schulischen Bildung – mehr noch: Gemeinschaftskunde ist ein Schulfach mit Landesverfassungsrang (Art. 21 Abs. 2 LV)! Leider passen die Bedeutung des Faches Gemeinschaftskunde auf der einen und seine marginale Stellung in den Stundentafeln der Schulen auf der anderen Seite nicht zusammen. Deshalb unser Plädoyer für mehr Demokratiebildung als Aufgabe von Schule und Unterricht, auch bereits in der Grundschule. Die fünf Jahreswochenstunden in Gemeinschaftskunde

bis zum Hauptschulabschluss bzw. Mittleren Schulabschluss – am Gymnasium sogar nur vier Stunden – sind ungenügend.

Deshalb fordern wir eine umgehende **Anpassung der derzeitigen Stundentafeln rund um das Fach Gemeinschaftskunde und damit klar dessen Stärkung**. Des Weiteren muss ein Konzept erarbeitet werden, das politische Bildung auch als ein fächerübergreifendes bzw. fächerverbindendes Element an allen Schularten versteht. **Aus Sicht der Freien Demokraten beginnt Demokratiebildung bereits im frühkindlichen Bereich**. Daher sollten bereits in Kindertageseinrichtungen sowie im Sachunterricht an den Grundschulen erste und grundlegende Elemente von Demokratiebildung verankert und gelebt werden, sodass diese anschaulich und verständlich vermittelt werden können.

Ein besonderes Anliegen ist uns Freien Demokraten der Kampf gegen jegliche Formen von Antisemitismus,

Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, politischem Islamismus oder Verherrlichungen angriffskriegerischer Aktionen, wie sie der russische Überfall auf die Ukraine darstellt – auch oder insbesondere im schulischen Kontext. Mit lebendigen Formaten bspw. im Rahmen des Gemeinschaftskundeunterrichts, aber auch außerunterrichtlichen Formaten wie Veranstaltungen, sollen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, unter der Moderation von Lehrkräften ihre Positionen darzulegen und diese dann im Hinblick auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu reflektieren.

Des Weiteren fordern wir eine umgehende **Überarbeitung bzw. Anpassung des „Leitfadens Demokratiebildung“** im Hinblick auf die aktuellen Konflikte (bspw. Rechtsextremismus und Antisemitismus). Damit ist es aber nicht getan: Es braucht besonders auch für Lehrkräfte die Möglichkeit, möglichst rasch nach aufflammenden innen- oder außenpolitischen Konflikten unkompliziert Beratungs-

möglichkeiten und konkrete Handlungsempfehlungen an die Hand zu bekommen. Wir Freie Demokraten fordern deshalb ein Konzept, das die umgehende Einberufung einer **„Task Force Lehrkräfteberatung in politischen Konfliktsfällen“** umfasst.

Wichtig ist es, allen Schülerinnen und Schülern ein konkretes und verbindliches Angebot zu machen, um das Wertefundament der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu vermitteln und somit einer eventuellen islamistischen oder anderweitig extremistischen Gesinnung entgegenwirken zu können.

Zur lebendigen Teilnahme junger Menschen in der Politik ermutigen!

Bei den theoretischen Grundlagen politischer Bildung darf es auch im schulischen Kontext nicht bleiben. Gerade auch über die Möglichkeit, sich auf allen staatlichen Ebenen auch aktiv politisch zu engagieren, muss schulartenübergreifend aufgeklärt werden. Es ist nicht selbstverständlich, dass der junge Mensch bspw. über die Erziehungsberechtigten oder andere Personen im nahen Umfeld von diesen Möglichkeiten erfährt oder hierzu ermutigt wird. Darüber hinaus ist es – gerade im Zuge massiver Desinformation sowie Rechtsradikalismus in sozialen Netzwerken – unabdingbar, den politischen Gestaltungswillen besonders auch junger Menschen in Richtung unserer gesellschaftlich-politischen

Strukturen zu lenken. Nur dann schaffen wir es, unsere Demokratie in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik Deutschland auch langfristig zu sichern, denn **die jungen Menschen von heute sind die Demokratinnen und Demokraten sowie Konstrukteure unserer Gesellschaft von Morgen.**

Bildungseinrichtungen müssen Wege aufzeigen, wie man sich politisch einbringen kann. Demokratische Strukturen an den Schulen und Möglichkeiten der Partizipation sind hierbei wichtig. Besonders die Schülermitverantwortung muss in der Art gestärkt werden, dass die Betreuung der Schülerräte eben nicht „Ehrenamt“ wäre, sondern echter Bestandteil der Arbeitszeit. Aus Sicht der Freien Demokraten bedeutet dies ganz klar eine Ausstattung entsprechender Betreuungspersonen mit Deputatsstunden und vor allem eine verbindliche Aufgabenbeschreibung.

Neben einer demokratischen Schulkultur müssen auch Formate wie Politiksimulationen an allen Schularten stärker eingesetzt werden. Ebenso schlagen wir Liberale eine stärkere Kooperation von Schulen mit Einrichtungen der politischen Bildung wie der Landeszentrale für Politische Bildung vor.

Auf der anderen Seite müssen bildungspolitisch klare Regeln gelten, inwiefern Schulen aktiv zu politischen Aktionen aufrufen dürfen. So kam es u.a. im Zuge von Demonstra-

tionen bzw. Kundgebungen gegen Rechtsextremismus zu Aufrufen seitens der Schulen, sich an diesen während der regulären Unterrichtszeit zu beteiligen.⁹

Gleichstellung gesellschaftswissenschaftlicher Fächer an Gymnasien!

Für das Abitur gibt es aktuell noch weitere Einschränkungen in der politischen Bildung, die aus Sicht der Freien Demokraten korrigiert werden müssen. Bei der Wahl der Fächer, die in der Kursstufe auf erhöhtem Anforderungsniveau unterrichtet werden (Leistungsfächer) herrscht ein Kombinationsverbot für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer: Im Gegensatz zum mathematisch-naturwissenschaftlichen und zum sprachlichen Aufgabenfeld können nicht zwei Fächer aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Kanon (Gemeinschaftskunde, Geografie, Geschichte, Wirtschaft, Religionslehre/Ethik) belegt werden. Die FDP-Landtagsfraktion fordert die Gleichstellung mit den anderen Aufgabenfeldern und richtete hierzu einen Beschluss an die grün geführte Landesregierung, die wiederum mit Ablehnung reagierte.¹⁰ Wir Freie Demokraten werden uns damit jedenfalls nicht zufrieden geben und fordern auch weiterhin mit allergrößtem Nachdruck eine Gleichstellung gesellschaftswissenschaftlicher Fächer in der gymnasialen Oberstufe – ohne Wenn und Aber!



Mit Medienkompetenz Desinformationen junger Menschen Einhalt gebieten!

Fake News als seltenes Phänomen? Das ist längst vorbei! Desinformationskampagnen und Falschaussagen auf allen möglichen Social-Media-Plattformen oder weiteren Online-Kanälen nehmen an Häufigkeit immer mehr zu. Umso wichtiger ist es, die Medienkompetenz bei Schülerinnen und Schülern schulartenübergreifend massiv zu stärken.

Deshalb fordern wir, die Medienkompetenz als solche zu stärken: Wir brauchen an allen Schularten eine auskömmliche Zahl gleichermaßen in Medien und Demokratiebildung geschulten Lehrkräften, die dieses Thema anschaulich und anwendbar vermitteln können. Wir müssen aber auch das Landesmedienzentrum sowie die zugehörigen Kreismedienzentren stärken, sodass sie dem steigenden Informationsbedarf der Schülerinnen und Schüler sowie der

Lehrkräfte nachkommen können. In diesem Zusammenhang fordern wir Liberale, dass das Fach **Medienbildung und Informatik ab Klasse 5 durchgängig an allen Schularten fester Bestandteil** des Stundenkontingents sein soll.

An die Ränder gehen – Politische Bildung in Strafvollzugsanstalten einführen!

Dass politische Bildung das gesamte gesellschaftliche Spektrum umfassen muss, zeigt sich an folgender Anfrage an die liberale Fraktion im baden-württembergischen Landtag: Aus einer Justizvollzugsanstalt erreichte uns die Bitte, dort Material zur politischen Bildung zur Verfügung zu stellen. Unsere Fraktion nahm sich dieser Angelegenheit an und regte auf politischer Fachsprecherebene gegenüber der Justizministerin an, dieser Bitte zu entsprechen und auch Kurse zur politischen Bildung in den Justizvollzugsanstalten anzubieten. Wir Freie Demokraten freuen uns, dass

die Landesregierung durch unseren Impuls **politische Bildung in Justizvollzugsanstalten stärker in den Blick nehmen** möchte. Das Justizministerium hat bereits zugesagt, in der Jugendvollzugsanstalt Adelsheim ein entsprechendes Pilotprojekt zu starten.

Dieser Sachverhalt verdeutlicht, dass politische Bildung auch in bislang weniger beachteten Bereichen der Gesellschaft verstärkt werden muss. Allerdings fordern wir eine ganzheitliche Strategie zur Umsetzung bzw. Stärkung politischer Bildung an den Rändern der Gesellschaft. Gerade im Prozess der Resozialisierung von Strafgefangenen kann eine adäquate politische Bildung maßgeblich dazu beitragen, dass die begangenen Straftaten reflektiert und so eine langfristige und nachhaltige Verhaltensanpassung der (ehemaligen) Strafgefangenen erfolgen kann.



Zusätzlich fordern wir, die Medienbildung als solche zu stärken: Wir brauchen an allen Schularten Lehrkräfte, die dieses Thema anschaulich und anwendbar vermitteln können.

Religionsunterricht – im Grundgesetz verankert und eine Chance für die Demokratiebildung!

Religionsunterricht ist das einzige Schulfach, das in der Bundesrepublik Deutschland als Schulfach grundgesetzlich gewährleistet wird. Religionsunterricht ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Religionsgemeinschaften. Es steht natürlich jeder Schülerin und jedem Schüler sowie deren Erziehungsberechtigten frei, zu entscheiden, ob am Religionsunterricht teilgenommen wird. Im Falle einer Nichtteilnahme fordern wir Freie Demokraten jedoch die Teilnahme am Ethikunterricht (wie bereits erwähnt). Im Religionsunterricht sehen wir Freie Demokraten an den Schulen einerseits die Möglichkeit, den eigenen Glauben im Kontext der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie in Verbindung mit den zahlreichen Religionen und Weltanschauungen zu ergründen und diesen zu reflektieren. Andererseits sehen wir – und das gilt auch für das Fach Ethik – auch eine groß-

artige Chance, allerlei Gefahren durch die ausschließliche Teilnahme am Gemeindeunterricht oder durch einseitige Erziehung im Elternhaus vorzubeugen. Denn nicht selten kommt es vor, dass Religionen und Weltanschauungen auch in Baden-Württemberg dazu missbraucht werden, menschenverachtende und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung widersprechende Positionen zu vertreten.¹¹ Hier sind Kinder und Jugendliche besonders anfällig.

Angesichts der signifikanten Fortschritte und des Erfolgs, den der islamische Religionsunterricht sunnitischer Prägung in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren verzeichnet hat, zeigt sich deutlich, dass die Stärkung dieses Bildungsangebots nicht nur eine Antwort auf die steigende Nachfrage darstellt, sondern auch eine wesentliche Säule für die Integration und das Zusammenleben in unserer pluralistischen Gesellschaft bildet. Denn leider radikalisieren sich junge Menschen oft schon in frühen



Jahren – genau hier muss Baden-Württemberg mittels eines auf dem Fundament des Grundgesetzes stehenden islamischen Religionsunterrichts reflektierte Einblicke in den Islam einerseits und freiheitlich-demokratische Aufklärungsarbeit andererseits ermöglichen. Situationen, wie in anderen Bundesländern können und wollen wir uns als pluralistische Gesellschaft nicht leisten!¹³

Der deutliche Anstieg der Teilnehmerzahlen am islamischen Religionsunterricht belegt nicht nur das wachsende Interesse und die Anerkennung der Eltern, sondern unterstreicht auch die Notwendigkeit, diesen Religionsunterricht als festen Bestandteil unseres Bildungssystems weiter zu fördern und auszubauen. Wir fordern insbesondere, dass das Land sich um eine Verstetigung der Stiftung Sunnitischer Schulrat bemüht und eine personelle Stärkung sowie eine Verstetigung im Haushaltsplan für das Ministerium Kultus, Jugend und Sport seitens des Landes erfolgen muss. In einer Zeit globaler Herausforderungen und zunehmender Vernetzung ist es von entscheidender Bedeutung, dass Bildungsangebote nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch zur Entwicklung von Kompetenzen beitragen, die ein respektvolles und friedliches Miteinander aller Kulturen, Religionen und Weltanschauungen fördern.

Es ist an der Zeit, dass wir gemeinsam daran arbeiten, den **Religionsunterricht als Plattform für Dialog, gegenseitiges Verständnis und gesellschaftliche Integration zu**

stärken. Dies umfasst die Förderung von Kooperationen zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften, um so ein Klima der Akzeptanz und des Respekts zu schaffen, in dem das Zusammenleben aller Religionen und Weltanschauungen zur Normalität wird.

Schulabsentismus mit verbindlichem Handlungsrahmen entgegenwirken!

Schulabsentismus bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler ohne rechtmäßigen Grund dem Unterricht fernbleiben. Laut Definition des Kultusministeriums umfasst es das entschuldigte und unentschuldigte, stundenweises bis tageweises Fehlen oder gar generelle Schulverweigerung.¹⁴ Bei der wichtigsten aller Fragen, nämlich wie mit Schulabsentismus in Baden-Württemberg umzugehen ist, fehlt es allerdings an handlungsleitenden und klaren Regelungen.

Wir Liberale fordern daher einen verbindlichen Handlungsrahmen für

Schulabsentismus an unsere Schulen im Land. Auf diesem Weg können wir diese bei der Prävention, bei den Regelungen und beim Informationsaustausch gezielt unterstützen. Um einen verlässlichen Blick auf die aktuelle Situation zu haben und um die Wirksamkeit bestehender oder künftiger Maßnahmen feststellen zu können, braucht es hier zudem eine gesicherte Daten- und Studienlage für Baden-Württemberg. Weder die amtliche Schulstatistik noch landeseigene Erhebungen befassen sich explizit mit Schulabsentismus. Somit bleiben die Fragen zum Ausmaß wie zur Dringlichkeit bislang unbeantwortet – und die Landesregierung sieht hier wohl auch keinen Handlungsbedarf.¹⁵

Konsequenterweise müssen aber auch die Schulleitungen und Lehrkräfte gestärkt werden: Es bedarf einer zentralen Unterstützungseinheit, die für Schulleitungen und Lehrkräfte Ansprechpartner ist, die sich um die konkreten Fälle von Schulabsentismus kümmert und hierbei alle anderen

relevanten Stellen miteinbezieht oder mit diesen kommuniziert. Denn zu oft sind Schulleitungen und Lehrkräften die Hände gebunden oder sie werden gar von Erziehungsberechtigten bzw. Dritten im Rahmen der Durchsetzung zur Beseitigung von Schulabsentismus bei einzelnen Schülerinnen und Schülern bedroht. Jeder verbindliche Handlungsrahmen ist nutzlos, wenn die Durchsetzung nicht gewährleistet werden kann.

Aus unserer Sicht ist klar: Wir dürfen die Schulen und Schüler hier nicht im Stich lassen. Viele Schulen wollen sich professionell mit Schulabsentismus beschäftigen. Deshalb ist es unabdingbar, sie hierbei mit verbindlichen Rahmenbedingungen, einem adäquaten Informationsangebot sowie zentralen Ansprechpartnern und Interventionsmöglichkeiten zu unterstützen.¹⁶

Aggressives und toxisches Verhalten unterbinden – Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte schützen!

Aggressives und toxisches Verhalten von Kindern und Jugendlichen wird an vielen unserer Schulen zu einem bedeutenderen Risikofaktor für die Schüler- und Lehrerschaft. Dabei können Schüler aller Geschlechter betroffen zu sein. Aggressives und toxisches Verhalten zeigt sich in Form von Diskriminierung, sexistischen Bemerkungen oder physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt – und kann das Schulklima sowie die Sicherheit an Schulen erheblich beeinträchtigen. Zweifelhafte Verhaltensnormen, fehlende positive Vorbilder sowie eine mangelnde emotionale Bildung sind mögliche Ursachen dafür, dass Schülerinnen und Schüler – unabhängig von Alter und sozialer wie geografischer Herkunft – ein solches Verhalten als akzeptabel erachten. Gerade – aber ausdrücklich nicht nur – bei zugewanderten Kindern bzw. Jugend-

lichen bestehen mitunter Defizite, was den Aspekt Geschlechtergerechtigkeit angeht.

Wir Liberale wollen uns deshalb sowohl für präventive als auch für kurative Maßnahmen einsetzen, um diesem Fehlverhalten an den Schulen klar Einhalt zu gebieten:

Präventiv: Eigene Workshops, Lehrpläne, die Themen wie Gleichberechtigung, Diversität und emotionale Intelligenz stärker in den Vordergrund stellen, (männliche und weibliche) Lehrkräfte als Mentoren und Vorbilder.

Kurativ: Klares, schuleigenes Regelwerk und Handlungsleitfaden für Umgang mit aggressivem und toxischem Verhalten, damit man sich als Lehrkraft auch gegenüber Eltern, die Unverständnis zeigen, durchsetzen kann, schärfere Sanktionen bei Nichtbefolgung der Regeln, Einbindung (schul-)psychologischer und (schul-)sozialer Dienste.

Weiterhin fordern wir auch hier eine zentrale Unterstützungseinheit, die als Ansprechpartner für Schulleitungen und Lehrkräfte zur Verfügung steht und bei Interventionsmaßnahmen hilft oder diese in schweren Fällen übernimmt und hierbei andere relevante Stellen miteinbezieht bzw. mit diesen kommuniziert. Hierzu sind auch aktuelle rechtliche Rahmenbedingungen so zu schaffen, dass die Zuständigkeiten und Ansprechpartner stets klar sind. Denn zu oft sind Schulleitungen und vor allem Lehrkräfte konkreten Bedrohungen ausgesetzt. Deshalb darf man weder die Schulleitungen und Lehrkräfte damit alleine lassen, noch jegliche Maßnahmen aufgrund solcher Bedrohungen unterlassen. Leider ist dies der aktuelle Zustand seitens der grün geführten Landesregierung.

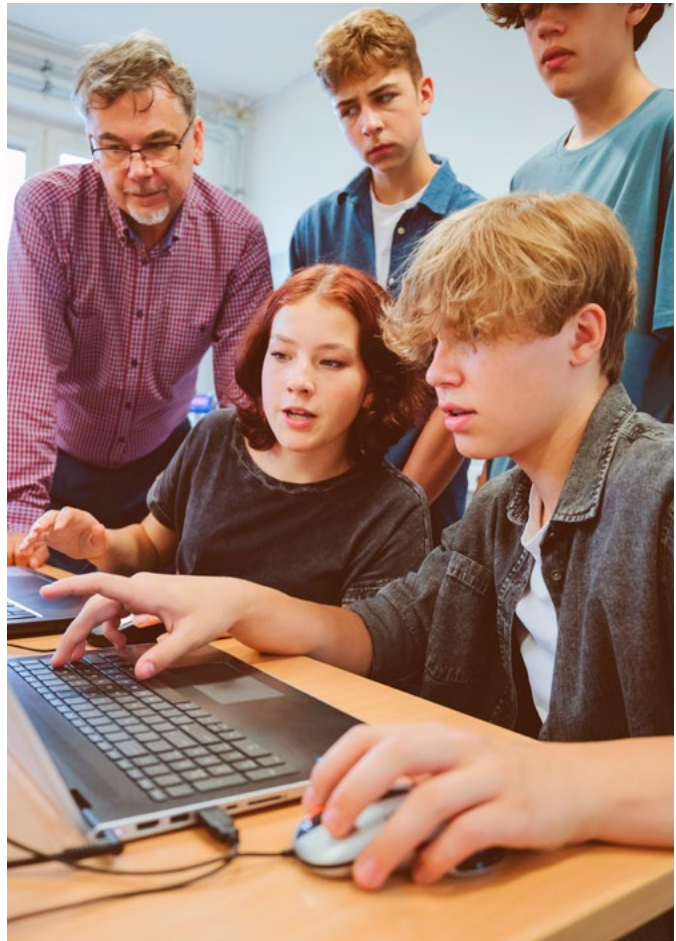
Eines muss klar sein: Die Schule streckt jedem jungen Menschen die Hand aus, der sich bilden möchte und Hilfe benötigt – sie muss aber auch ganz klar jedem die Stirn bieten, der


sich nicht an die verbindlichen Verhaltensregeln hält! Hier müssen wir als Land den Schulen unsere Unterstützung zusagen und ihnen Rückendeckung geben.

Unbeschulbare Kinder nicht aufgeben, sondern ihnen den Zugang zu Bildung ermöglichen!

Unterschiedlichste Situationen können dazu führen, dass Kinder, selbst wenn sie die Schule besuchen, nicht über die nötigen Voraussetzungen verfügen, um einem Unterricht an einer Regelschule folgen zu können. Hier fordern wir Liberale die Errichtung von **Landesinternaten**, wo schulische, psychologische und sozialpädagogische Kompetenzen gebündelt werden – und die betroffenen Schülerinnen und Schüler bestmöglich und rasch fit gemacht werden, so dass diese regelbeschult werden können. Der Besuch solcher Landesinternate soll freiwillig sein – und ist in erster Linie dazu gedacht, betroffene Erziehungsberechtigte zu entlasten bzw. Kindern und Jugendlichen die Chance zu bieten, bildungsbezogen Anschluss zu finden. Ergänzend zur Einrichtung von Landesinternaten ist besonders das **Beratungs- und Informationsangebot** für Erziehungsberechtigte sowie Kinder und Jugendliche essenziell, damit diese Kenntnisse über entsprechende Möglichkeiten (wie bspw. Landesinternate, aber auch andere Angebote) erhalten.

Wir sind überzeugt: Kein Kind darf aufgegeben werden. Denn jedes Kind hat ein Recht auf dieselben Startchancen.



A hand is holding a wooden signpost against a clear blue sky. Attached to the post is a rectangular sign made of corrugated cardboard. The word "Demokratie" is written on the sign in a black, hand-drawn, sans-serif font. The sign is slightly tilted to the right. In the background, there are green trees and bushes.

Demokratie

Der erste Absatz von Artikel 11 in der Landesverfassung Baden-Württembergs legt unmissverständlich fest: „Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.“¹⁷ Genau diesen Satz wollen wir Liberale ernstnehmen, ihn zu unserem Leitsatz in Bildungsfragen machen und scheuen auch nicht vor dieser schwierigen Herausforderung zurück. Alle Kinder verdienen gleichermaßen beste Startchancen – dafür wollen wir sorgen!

Fazit: Mit ganzer Kraft für die Stärkung der Demokratie und Werte an Schulen – Jetzt!

Wir Liberale verdeutlichen mit unserem Positionspapier nicht nur die aktuellen Herausforderungen rund um die Vermittlung von Demokratie und Werten an Schulen. Vielmehr wollen wir anhand konkreter Forderungen zeigen, wie wir demokratiefeindliche Gesinnungen – egal ob Rechts-,

Links- oder religiös begründeter Extremismus an Schulen bzw. bei Schülerinnen und Schülern bekämpfen und verhindern können. **Vermittlung von Demokratie und Werten ist eine Bildungsaufgabe** – daran darf kein Zweifel bestehen! Genau diesen Erziehungsauftrag haben auch die Schulen in Baden-Württemberg. Wir fordern deshalb klare pädagogische Grundlagen, Bildungspläne und Konzepte zur Vermittlung von Demokratiekenntnissen und des freiheitlich-demokratischen Wertekanons – inklusive eines Aktionsplans – was die praktische Anwendbarkeit bzw. wirkliche Verinnerlichung dieser Demokratiekenntnisse bzw. des freiheitlich-demokratischen Wertekanons von Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg anbelangt.

Vom **Ethikunterricht ab der ersten Klasse** in der Grundschule, über einen deutlichen **Fokus auf politische Bildung** an Schulen, der Förderung von aktivem **politischen Engagement** junger Menschen, **der Aufwertung gesellschaftswissenschaftlicher Fächer** an Gymnasien, einer stärkeren **Medienbildung**, einem Religionsunterricht, der den eigenen Glauben in Einklang mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bringt, bis hin zu einem Maßnahmenpaket zur **Prävention und Bekämpfung von Schulabsentismus** und aggressivem bzw. toxischem Verhalten an Schulen sowie zum Umgang mit (zeitweise) unbeschulbaren Kindern: : Es braucht eine klare Linie und klare Zuständigkeiten bzw. konkrete Ansprechpartner in den genannten Angelegenheiten (u.a. Schulbehörden).

Die Zeit zu handeln und damit die Zeit für die konkrete Umsetzung unserer Forderungen ist jetzt. Eine deutliche Stärkung der Demokratie- und Werteerziehung duldet keinen Aufschub!

Endnoten

1 Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheits-thesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft. Beschluss des 63. Ordentlichen Bundesparteitages der FDP, Karlsruhe, 22. April 2012, S. 70.

2 FDP, German Mut. Mehr Chancen durch mehr Freiheit: Projekte für eine Republik der Chancen, Berlin 2015

3 Vgl. <https://km-bw.de/Schule/Demokratiebildung>

4 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/mannheim-attacke-video-tiktok-hass-gewalt-islamkritiker-100.html>

5 <https://www.bild.de/politik/inland/studie-schockt-politiker-muslimische-schueler-nehmen-koran-wichtiger-als-gesetze-6624d43076790e1ca24f9187>

6 Vgl. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/541511/tiktok-und-rechtsextremismus/>

7 Sie liegt damit auf der Linie des Antisemitismus-beauftragen von Baden-Württemberg, Dr. Michael Blume. Vgl. z. B. Interview in der Stuttgarter Zeitung vom 19. Oktober 2023.

8 Auch der G9-Gesetzentwurf durch Volksantrag fordert: „Aufgrund der Absenkung des Wahlalters bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre ist eine Stärkung des Gemeinschaftskunde-/Politikunterrichts in der Mittelstufe mit sechs Stunden statt bisher vier dringend notwendig (z. B. je zwei Stunden in den Klassen 8, 9 und 10).“ (= Landtag von Baden-Württemberg, 17. Wahlperiode, Drucksache 17 / 5729, 26.10.2023, S. 11.) Auch der Beamtenbund – BBW Tarifunion kritisiert den aktuellen Stundenumfang und kommt zu dem Schluss: „Es ist nicht möglich, in dieser verkürzten Zeit den kompletten Umfang des Bildungsplans zu vermitteln, was dazu führt, dass die derzeit in der Sekundarstufe I erreichte politische Bildung unzureichend ist und mit der geplanten Absenkung des Wahlalters kaum vereinbar ist.“ (Landtag von Baden-Württemberg, 17. Wahlperiode, Drucksache 17 / 4079, 31.01.2023, S. 77.)

9 https://www.swp.de/baden-wuerttemberg/proteste-in-bw-sollten-schueler-in-der-unterrichtszeit-demonstrieren-gehen_-72885207.html

10 Vgl. https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/2000/17_2528_D.pdf

11 Bspw. Freikirchen in Baden-Württemberg: Wie viel Ablehnung gibt es für Homosexualität? - Baden-Württemberg (stuttgarter-zeitung.de), Wo Russland-Propaganda im Alltag lauert (schwaebische.de), Antisemitismusbeauftragter Michael Blume: „Die Propaganda der Hamas erreicht jeden Schulhof“ - Stuttgart (stuttgarter-zeitung.de)

12 <https://sunnitischer-schulrat.de/steigende-teilnehmerinnenzahlen-beim-islamischen-religionsunterricht-sunnitischer-praegung-in-baden-wuerttemberg>

13 <https://www.bild.de/politik/inland/studie-schockt-politiker-muslimische-schueler-nehmen-koran-wichtiger-als-gesetze-6624d43076790e1ca24f918714> Vgl. Proteste in BW: Sollten Schüler in der Unterrichtszeit demonstrieren gehen? | Südwest Presse Online (swp.de)

14 https://ka.schulamt-bw.de/,Lde/Startseite/Unterstuetzung+_+Beratung/Schulabsentismus

15 https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/6000/17_6804_D.pdf

16 <https://deutsches-schulportal.de/schulkultur/heinrich-ricking-projekt-hamburg-jeder-schultag-zaehlt-schulabsentismus-schwaenzen/>

17 <https://www.lpb-bw.de/bwverf/bwverf.htm>

Unsere Anträge zum Thema „Demokratie und Werte“

Landtagsdrucksache 17/2528



Antrag der Abg. Dr. Timm Kern und Alena Trauschel u.a. FDP/DVP: „Politische Bildung bei Kindern sowie Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg“

Landtagsdrucksache 17/5838



Antrag der Abg. Dr. Timm Kern und Nico Weinmann FDP/DVP: „Religions- u. Gemeindeunterricht sowie fremdstaatl. Einflussnahme in religiösen Einrichtungen in BW im Fokus“

Landtagsdrucksache 17/7020



Antrag des Abg. Nico Weinmann u.a. FDP/DVP: „Islamismus und Antisemitismus in den sozialen Medien“

Landtagsdrucksache 17/6804



Antrag des Abg. Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP: „Schulabsentismus“

Landtagsdrucksache 17/4599



Antrag der Abg. Dr. Timm Kern und Nico Weinmann u.a. FDP/DVP: „Kooperationen der Landesregierung mit und landespolitische Einflussnahme von DITIB sowie bevorstehende Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Türkei“

Sie haben Fragen oder Anregungen? Wir freuen uns auf Sie.



Dr. Timm Kern Mdl

Stv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Bildung, Hochschulen,
Kirchen und Religionsgemeinschaften

T: 0711 2063-9350
timm.kern@fdp.landtag-bw.de



Alena Fink-Trauschel Mdl

Sprecherin für Berufliche Bildung,
Europa, LSBTTIQ, Frauen und Musik

T: 0711 2063-9270
alena.fink-trauschel@fdp.landtag-bw.de



Dennis Birnstock Mdl

Sprecher für Forschung, frühkindliche
Bildung, Jugend und Sport

T: 0711 2063-9210
dennis.birnstock@fdp.landtag-bw.de

    fdplandtagbw

Herausgeber - Impressum:

FDP/DVP-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 3 · 70173 Stuttgart · T: 0711 2063-9112

post@fdp.landtag-bw.de · fdp-landtag-bw.de · Stand: Oktober 2024

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP-Fraktion. Die Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.